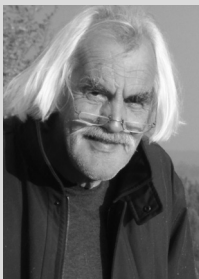


# schwer punkt

## » Armut und Erwachsenenbildung



Gerhard Reutter

Diplom-Pädagoge,  
Wissenschaftlicher  
Berater des bbb  
reutter@bbbklein.de  
www.bbb-dortmund.de

„Armut ist auch  
,bei Kirchens‘ kein  
geliebtes Thema“<sup>1</sup>

### I. Zynismus und Scham nach wie vor?

Nicht nur in den  
Kirchen, auch in  
der Erwachsenen-  
bildung scheint Ar-  
mut nur dann ein

Thema zu werden, wenn es sich um eine Armut handelt, die uns lediglich marginal tangiert: Armut in der Dritten Welt. Die Auseinandersetzung ist tatsächlich in vielen Programmen der Volkshochschulen und der evangelischen und katholischen Erwachsenenbildung zu finden. Aber Armut in Deutschland ist nur selten Thema. Der Beitrag zeichnet nach, welche Dimensionen Armut in Deutschland hat, rekonstruiert mögliche Verursacher von Armut und setzt sich am Beispiel der Langzeitarbeitslosen mit einer These auseinander, die Hans Tietgens 1994 formuliert hat – übrigens in der Erstausgabe der DIE-Zeitschrift, die Armut und Erwachsenenbildung zum Schwerpunktthema hatte. Dort konstatiert er, dass die Erwachsenenbildung „in der Vergangenheit ein gestörtes Verhältnis zur Armut gehabt hat ... (Es) könnte darüber nachgedacht werden, warum Armut von der Erwachsenenbildung mit einer merkwürdigen Haltung der Scham behandelt wird.“<sup>2</sup> Und Tietgens resümiert zu

dieser merkwürdigen Haltung: „Genauer betrachtet kommt darin nur das uns vier Jahrzehnte lang eingepörrte Vorurteil zum Ausdruck, der gesellschaftliche Marktmechanismus sei etwas Gutes oder gar Humanes. In Wahrheit aber bringt er die Armut der Arglosen hervor. Bildung gegen Armut können daher nicht Veranstaltungen wie ‚Aktientraining, Profi-Börse – ein Aktionsspiel‘ sein, sondern nur ein Thematisieren des Marktzyklus.“<sup>3</sup>

### II. Die Armutsdebatte in Deutschland

Auch wenn man bei jedem Spaziergang in deutschen Großstädten Armen begegnet, gibt es keinesfalls einen gesellschaftlichen Konsens, dass es Armut in Deutschland gibt. Während vor allem in der Presse immer wieder behauptet wird: „Kaum jemand, der sich in Deutschland legal aufhält, ist arm.“<sup>4</sup>, konstatiert etwa Nussli schon vor über 23 Jahren, „(...) daß in Deutschland eine wachsende Zahl von Menschen lebt, die als Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger materiell und kulturell zunehmend weniger am Reichtum des Landes partizipieren können (...) Armut (ist) eine gesellschaftliche Realität, die weitgehend tabuisiert wird.“<sup>5</sup> Dort, wo sie nicht tabuisiert, sondern explizit thematisiert wird, wie es der Paritätische Wohlfahrtsverband seit 1989 mit seinen Armutsberichten regelmäßig tut, löst ihre Transparenz erstaunliche Reaktionen aus. Es scheint, wenn Armut nicht länger zu tabuisieren ist, muss sie in der bürgerlichen Presse aber angezweifelt werden. Die Autor/inn/en der Armutsberichte sehen sich hartnäckig dem Vorwurf ausge-

<sup>1</sup> Susanne Kahl-Possath im Vorwort zu: Jenichen, S. (2015): Sensibel für Armut. Kirchengemeinden in der Uckermark, Leipzig, S. 6.

<sup>2</sup> Tietgens, H. (1994): Armut und Bildung unter historischem Aspekt. In: DIE-Zeitschrift 1/94, S. 33.

<sup>3</sup> S. o. A.

<sup>4</sup> Sinn, H.-W. (2008): Bedarfsgewichteter Käse. In: Wirtschaftswoche (vom 26. Mai 2008).

<sup>5</sup> Nussli, E. (1994): Editorial. In: DIE-Zeitschrift 1/94, S. 7.

setzt, statt wissenschaftlich seriös zu arbeiten, sich zu Lobbyisten einer Gruppe zu machen, die es eigentlich gar nicht geben dürfte. In den einschlägigen Artikeln kann von Scham keine Rede sein; es werden auch keine Überlegungen angestellt, wie die aufgezeigten Missstände zu beseitigen sind.<sup>6</sup>

Reaktionen auf den Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes<sup>7</sup>, 2015 (vgl. Schneider 2015):

„Armutsschwindel“, Die Zeit vom 26.2.2015

„Armut auf dem Papier“, FAZ vom 21.2.2015

„Zweifelhaftes Maß, fehlende Rezepte – Deutschland rechnet sich arm“, HZZ vom 24.2.2015

„Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven“, Focus online vom 2.4.2015

Ein nüchterner Blick auf die Zahlen zeigt die Dimensionen der Armut in Deutschland, wobei „Armut“ sich nicht zeitübergreifend und allgemein definieren lässt, sondern „nur eine jeweils zu einem gewissen Zeitpunkt in einer gegebenen Gesellschaft herrschende Definition.“<sup>8</sup> Damit ist Armut ein politisch-normativer Begriff mit hohem Aggressionspotenzial. In Deutschland wird unterschieden zwischen der ‚absoluten Armut‘ (in Anlehnung an die Armutsdefinition der Weltbank, die die Bezieher von weniger als 1,90 US-Dollar als absolut arm definiert<sup>9</sup>), und der ‚relativen Armut‘, zu der in der EU diejenigen gezählt werden, die 60 % oder weniger des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung haben.

Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beginnen ab 60 % des mittleren Einkommens die Armutsrisiken. Seltsamerweise führen die 60 % des – am Meridian, nicht im arithmetischen Mittel gemessenen – durchschnittlichen Einkommens aber nicht dazu, dass die Berechnung der Armutsgefährdungsschwelle eindeutig wäre. Das Statistische Bundesamt kommt für das Jahr 2012 auf einen Betrag von 979 Euro, basierend auf der „Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen“ (EU-SILC). Der Mikrozensus kommt für das Jahr 2013 zu einem Betrag von 892 Euro.<sup>10</sup>

Die immer noch existierende Leugnung von Armut in Deutschland ist auch deshalb so verwunderlich, weil sich zum einen das Risiko, arm zu werden, im Zeitverlauf erhöhte und sich zugleich die Chancen verringerten, aus Armut aus- oder aufzusteigen. „Ein besonders ausgeprägter Anstieg der Einkommensarmut lässt sich seit etwa der Jahrtausendwende beobachten. Das Bemerkenswerte an dieser Entwicklung ist, dass der Ausstieg monoton verläuft und sich von konjunkturellen Entwicklungen weitgehend unbeeindruckt erweist.“<sup>11</sup>

Wohlstand wird immer unwahrscheinlicher. Kinderreichtum erhöht das Risiko, in Armut abzurutschen. Und wer arm ist oder wird, bleibt in der Regel lange arm.

Die Armutsquote ist weiterhin angestiegen und liegt aktuell bei 15,7 %, das heißt 12,9 Mio. in Deutschland leben unter der Einkommensarmutsgrenze. Besonders betroffen sind Menschen ohne berufliche Ausbildung, was angesichts des Schrumpfens sogenannter „Einfacharbeitsplätze“ nicht weiter erstaunt. Stark zugenommen hat die Einkommensarmut auch in Alleinerziehenden-Haushalten und in Haushalten mit drei oder mehr Kindern.

### III. Wer produziert die Armen?

Seit den 1990er Jahren lässt sich in nahezu allen Industriestaaten – abgesehen von den skandinavischen Ländern – eine zunehmende Einkommensungleichheit beobachten, die überall nach ähnlichem Muster abläuft.<sup>14</sup> Die Einkommen, die durch Arbeit entstehen, werden durch Steuern und Abgaben sehr viel drastischer reduziert als Einkommen, die durch Veräußerungsgewinne entstehen. Der Steuersatz für die höheren Einkommen wurde nahezu OECD-weit reduziert.

#### Einkommensentwicklung 2000–2011<sup>15</sup>

Oberstes Zehntel	plus 13 Prozent
Das neunte Zehntel	plus 4 Prozent
Das achte Zehntel	plus 3 Prozent
Siebtes bis fünftes Zehntel	plus-minus-0
Untere vier Zehntel	bis minus 5 Prozent

Interessanterweise war es die SPD-geführte Bundesregierung unter Kanzler Schröder, die sich traditionell eher den Schwachen verpflichtet fühlt, die die Ungleichheit in Deutschland deutlich erhöhte. Auf der einen Seite waren es steuerliche ‚Reformen‘, auf der anderen Seite ‚Reformen‘ des Arbeitsmarktes, die zu neuen dauerhaften Schiefen geführt haben.<sup>16</sup> Bei der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen „Was-wäre-wenn-Überlegungen“ anzustellen, ist meist nicht sinnvoll, aber es drängt sich doch die Frage auf: Wären ‚Reformen‘ zugunsten der Besserverdienenden von konservativen Regierungen (statt in Großbritannien unter Blair und in Deutschland unter Schröder) möglicherweise am Widerstand der SPD und der Gewerkschaften gescheitert?

Die Entlastung der Besitzenden wurde kompensiert durch die Belastungen der Nichtbesitzenden. „In keinem anderen OECD-Land nahm die Armut zwischen 2000 und 2005 so stark zu wie in Deutschland.“<sup>17</sup> Entscheidend waren die ‚Liberalisierung‘ des Arbeitsmarktes, die mit ‚Deregulierung‘ treffender beschrieben wäre, und die Ablö-

<sup>6</sup> Abgesehen von H.-W. Sinn und T. Sarrazin, die empfehlen, die Hartz-IV-Sätze abzusenken. So konstatiert T. Sarrazin: „Das in Deutschland garantierte Mindesteinkommen ist nicht anstößig niedrig, sondern kommt den unteren Arbeitseinkommen anstößig nahe.“ (Sarrazin, T. (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München, S. 86) Solche Überlegungen, formuliert von einem Autor, der seine Pension als ehemaliger Bundesbankdirektor verzehrt und der sich immer noch einer Partei zugehörig fühlt, die sich mal als Anwalt der Schwachen verstanden hat, ist wirklich „anstößig“.

<sup>7</sup> Vgl. Schneider, U. (Hrsg.) (2015): Kampf um die Armut. Frankfurt/M.

<sup>8</sup> Wagner, W. (1982): Die nützliche Armut. Eine Einführung in die Sozialpolitik. Berlin (West), S. 31.

<sup>9</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017): Glossar „Armut“. Zuletzt online am 26.06.2017 unter <https://www.bmz.de/de/service/glossar/A/armut.html>

<sup>10</sup> Welche Fallstricke die Statistik bereithält, zeigt sich auch im Ländervergleich: „Misst man Armutsgefährdung an den 60 Prozent vom bundesweiten Einkommensdurchschnitt, dann liegt die Quote in diesem relativen Armenhaus der Republik (Mecklenburg-Vorpommern) bei 24,6 Prozent. (...) Bezieht man die 60-Prozent-Grenze hingegen auf das regionale Durchschnittseinkommen, dann schrumpft die Quote auf ‚nur‘ noch 13,5 Prozent.“ (Sell, S. (2015): Das ist keine Armut sondern ‚nur‘ Ungleichheit? In: Schneider, U.: Kampf um die Armut, Frankfurt/M., S. 88).

<sup>11</sup> Groh-Samberg, O. (2010): Armut verfestigt sich – ein im Allgemeinen missachteter Trend. Zuletzt online am 13.6.2017 unter: <http://www.bpb>

de/apuz/32281/armut-verfestigt-sich-ein-missachteter-trend

<sup>13</sup> SOEPv30, 1984–2013, balancierte 10-Jahres-Panel, gewichtete Ergebnisse. Unter <http://www.fes.de/Hessen/common/pdf/Praesentationen%20SGB%2011.pdf> am 26.06.2017

<sup>14</sup> „Der durchschnittliche Steuersatz (in den USA) betrug im Jahr 2007 für die einkommensstärksten 400 Haushalte nur 16,6 Prozent, was erheblich niedriger ist als die 20,4 Prozent für die Steuerzahler.“ (Stiglitz, J. (2012): Der Preis der Ungleichheit. München, S. 113).

<sup>15</sup> Hengsbach, F. (2015): Armut wird gemacht. Das Versagen der politischen Klasse, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen. In: Schneider, U. (Hrsg.) (2015): Kampf um die Armut, Frankfurt/M., S. 114.

<sup>16</sup> „1960 trugen die Massensteuern etwas mehr als ein Drittel zum gesamten Steueraufkommen bei, 2008 waren es mehr als 70 Prozent. Umgekehrt sank der Anteil der Gewinnsteuern von einem Drittel auf ein Fünftel. 1999 lag der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer bei 53 Prozent, 2014 war er auf 45 bzw. 42 Prozent abgesenkt. Banken und Versicherungen konnten ihre Industriebeteiligungen steuerfrei bzw. steuervergünstigt veräußern. Gesetze zur Finanzmarktförderung verminderten die Steuerlast von Finanzinstituten. Durch die Mehrwertsteuer um drei Punkte wurden die unteren Einkommensklassen relativ stärker belastet. Die Körperschaftsteuer dagegen sank von 25 auf 15 Prozent.“ (Hengsbach, F. (2015): Armut wird gemacht. Das Versagen der politischen Klasse, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen. In: Schneider, U. (Hrsg.) (2015): Kampf um die Armut, Frankfurt/M., S. 128).

<sup>17</sup> Rhein, T. (2009): Arbeit und Armut im transatlantischen Vergleich. In: IAB-Kurzbericht 1/2009, S. 4.

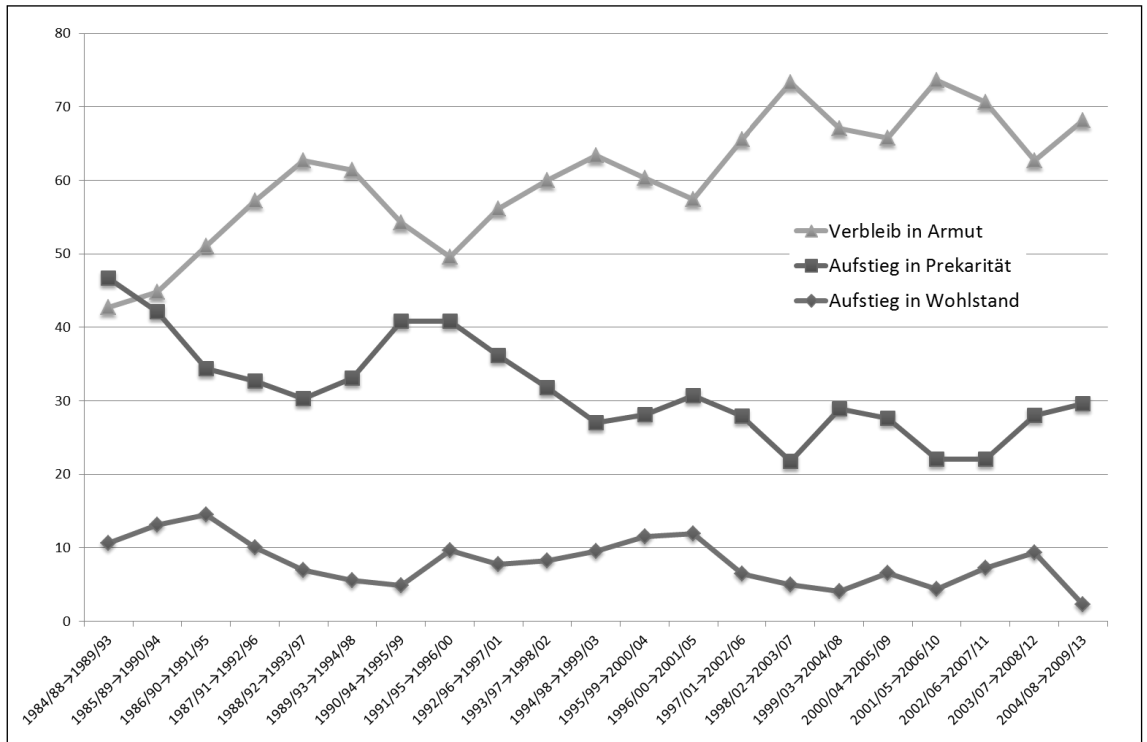


Abb. 1: Sich verfestigende Armut<sup>13</sup>

sung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) durch die Sozialgesetzbücher II und III (SGB). Der deregulierte Arbeitsmarkt erlaubte Leiharbeit in einem vorher nicht vorstellbaren Umfang, führte zu prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Mini-Jobs und zur Etablierung eines großen Niedriglohnssektors. Im Niedriglohnssektor arbeiteten 1995 ca. 15 % der Beschäftigten, 2012 bereits mehr als 22 %, davon 70 % mit abgeschlossener Berufsbildung. Befristete Verträge hatten in 2016 2,5 Mio. Beschäftigte<sup>18</sup>, 961000 Beschäftigte waren in 2015 als Leiharbeiter beschäftigt (in 2000 waren es noch 328000), von denen 5,7 % auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind<sup>19</sup>. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten betrug im Februar 2012 7,45 Mio., davon 2,25 Mio. in Nebenjobs. „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“<sup>20</sup> Was ein ‚guter Niedriglohnssektor‘, beziehungsweise ‚ein besserer‘ oder gar ‚der beste‘, sein soll, erschließt sich dabei nicht ohne weiteres. Vielleicht war es das damalige Fehlen eines Mindestlohns, was ihn zu dem besten macht oder die Tatsache, dass es – außer in Litauen – in den anderen EU-Ländern nicht annähernd einen so großen Niedriglohnssektor gibt: Belgien etwa liegt bei 11 %, Finnland und Dänemark bei 10 %.<sup>21</sup>

Mit der Ablösung der Arbeitslosenhilfe, die sich in ihrer Höhe am früher erreichten Einkommen aus Beschäftigung orientierte, durch das sogenannte ‚Hartz IV‘, das fast alle Arbeitslose nach einjähriger Arbeitslosigkeit ‚gleich behandelt‘, geschah eine „negative Verrechtlichung“<sup>22</sup>

Die Bundesagentur für Arbeit verabschiedete sich damit von ihrem sozialen Auftrag und ließ auch volkswirtschaftliche Überlegungen außen vor. Wirtschaftlichkeit im Sinne *betriebswirtschaftlichen Handelns* wird zur Leitmaxime.

#### IV. Berufliche Weiterbildung als Mittel der Armutsbekämpfung?

Der Zusammenhang zwischen beruflichem Status und der Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit und damit der Verarmung scheint eindeutig zu sein: Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist „bei den Geringqualifizierten mit 26 % fast drei Mal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (9,7 %) und über sechsmal höher als bei Akademikern.“<sup>23</sup> Für Geringqualifizierte bedeutet Arbeitslosigkeit in der Regel Langzeitarbeitslosigkeit. 1992 betrug die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei 30- bis 60-Jährigen, die maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen, noch 0,8 Jahre. In 2000 lag sie bereits bei 1,4 Jahren und ist bis 2008 auf 2,5 Jahre angestiegen<sup>24</sup>. Allerdings ist auch ein anerkannter Berufsabschluss kein Garant für eine ausbildungsadäquate Beschäftigung. So verfügen 75 % der Beschäftigten im Niedriglohnssektor über einen anerkannten Berufsabschluss.<sup>25</sup> Aber das Risiko, häufiger und länger arbeitslos zu werden und zu bleiben, ist bei Ungelernten ungleich größer. Von daher müsste der Erwerb eines Berufsabschlusses oberstes Ziel aller arbeitsmarktpolitischen Bemühungen sein. Bereits seit den 1980er Jahren ist empirisch belegt, dass Umschulungen gerade bei Problemgruppen des Arbeitsmarktes im

Vergleich zu Fortbildungen wesentlich bessere und dauerhaftere Reintegrationschancen bieten<sup>26</sup>. Diese Erkenntnis scheint angekommen zu sein: In §4 des SGB III wird der Vorrang von Qualifizierung vor Vermittlung ausdrücklich postuliert. Allerdings bleibt dies auf der Postulatsebene und sieben Jahre später gilt weiterhin uneingeschränkt: „Der politische Wille, die berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen durch eine nachholende Qualifizierung wirksam zu fördern, war und ist bis heute nicht gegeben.“<sup>27</sup> Zwischen 2005 und 2014 hat sich die Armut bei Langzeitarbeitslosen verfestigt (siehe dazu Abb. 2), etwa eine Million Leistungsbezieher waren in der Zeit auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Damit ist Deutschland im europäischen Vergleich Spitzenreiter und es verdichtet sich der Verdacht, dass es sich hier um eine Gruppe handelt, deren berufliche Reintegration nicht mehr ernsthaft angestrebt wird, sondern man sie zu Überflüssigen erklärt, die es zu alimentieren, aber nicht zu reintegrieren gilt.

Obwohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Zeitraum 2009 – 2014 stabil hoch blieb, sanken die Ausgaben für die berufliche Weiterbildung in diesem Zeitraum um 26 % von 923 Mio. auf 681 Mio. Euro, während die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger im gleichen Zeitraum nur um 9 % zurückging.

Ein weiteres Indiz für den fehlenden politischen Willen zur Reintegration ergibt sich aus der Art der Angebote der beruflichen Fortbildung für SGB-II-Bezieher. Da über die Hälfte dieser Gruppe keinen Berufsabschluss hat, sollte erwartet werden, dass Umschulungen, also die Vorbereitung und

Unterstützung einer Berufsausbildung, das Mittel der Wahl sein sollten. Die Abb. 3 zeigt jedoch, dass ziemlich genau das Gegenteil der Fall ist.

Auch die Dauer der Maßnahmen liefert weitere Hinweise auf diese Tendenz.

Dauer der Maßnahmen beruflicher Fortbildung<sup>29</sup>:

Jahr	2000	2007	
unter 6 Monaten	39,9%	77,8%	+ 37,9%
6-12 Monate	36,6%	14,4%	- 22,2%
12 Monate und mehr	23,5%	7,8%	- 15,7%

Analysiert man die Inhalte dieser ‚aktivierenden Maßnahmen‘, die vor allem Bewerbungstrainings in allen Varianten und Kompetenzfeststellungen beinhalten, wird deutlich: „Nicht die Ausgrenzung, sondern die (fiktive) Inklusion in die Arbeitswelt (im weiteren Sinne) in die Arbeitsgesellschaft ist zur Grundlage dieses Fürsorgesystems geworden (...). Aber die Überflüssigen werden nicht einfach nur versorgt, sie werden aktiv bearbeitet, und sie müssen selbst mitwirken. Diese Form der Fürsorge stellt nicht einfach den Lebensunterhalt sicher und überlässt die Betroffenen sich selbst. ‚Aktivierung‘ ist ein System der systematischen Integration, der ‚Bearbeitung‘ der Betroffenen, das sie als potentielle Erwerbstätige (mit persönlichen Defiziten) behandelt.“<sup>30</sup>

Obwohl im SGB III explizit der Qualifizierung Vorrang gegeben wird gegenüber der Vermittlung, wird die Qualität der Mitarbeiter im Jobcenter an ihren Vermittlungsquoten gemessen. Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, in welche Art von Job vermittelt wird oder wie kurzfristig der vermit-

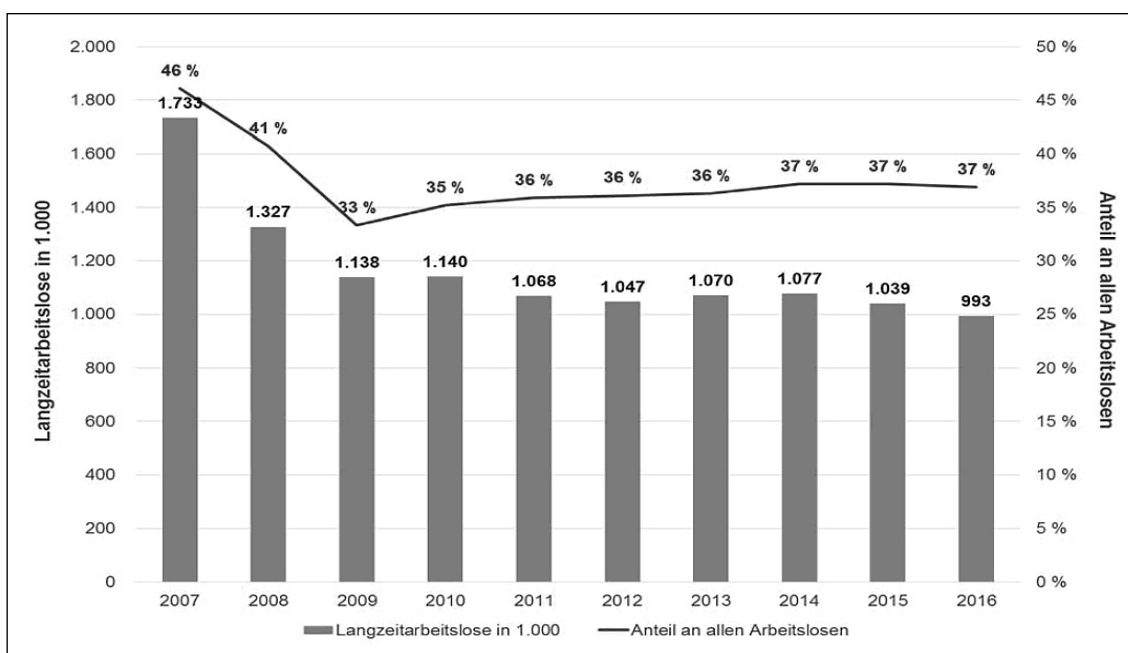


Abb. 2: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit im Zehnjahresvergleich<sup>28</sup>  
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

<sup>18</sup> Vgl. Die Zeit vom 12.1.2017.

<sup>19</sup> Vgl. DIE Zeit vom 8.9.2016.

<sup>20</sup> Schröder, G. (2005): Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos; [http://gewerkschaft-von-unten.de/Rede\\_Davos.pdf](http://gewerkschaft-von-unten.de/Rede_Davos.pdf), zuletzt am 26.06.2017

<sup>21</sup> Vgl. IAB-Kurzbericht 15/2013.

<sup>22</sup> „Negative Verrechtlichung bedeutet die Umkehrung oder Abschwächung subjektiver Rechtsansprüche durch die Normierung rechtlicher Sanktionsmittel bei nichtkonformem Verhalten (...) Das Sozialrecht wird nicht zur Herstellung von Erwartungssicherheit (positive Verrechtlichung) genutzt. Vielmehr wird der Leistungsanspruch erst nach der wiederholten Prüfung von ‚Bedürftigkeit‘, ‚Arbeitsfähigkeit‘ und ‚Arbeitswilligkeit‘ stattgegeben. (...) Unter Hartz IV ist die negative Verrechtlichung zum systematischen Bestandteil von Aktivierungsmaßnahmen geworden.“ (Toens, K. (2007): Der Zwang zur Freiheit. Kontingenzerzeugung im Sozialstaat. In: Vorgänge, Heft 2/2007, S. 130)

<sup>23</sup> Zisenis, D. (2010): Über wen und mit wem sprechen wir eigentlich? In: Klein, R. (Hrsg.): „Lesen und Schreiben sollten sie schon können“ – Sichtweisen auf Grundbildung. Göttingen, S. 35.

<sup>24</sup> Autorengruppe Bildungsberichtserstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld, S. 335.

<sup>25</sup> Bosch, G. (2015): Langzeitarbeitslose – Restgröße der Wissensökonomie? In: Stadt Dortmund (Hrsg.): Dortmunder Arbeitsmarktkonferenz 15.12.2014 – Dokumentation, S. 23.

<sup>26</sup> Vgl. Hofbauer, H./ Dadzio, W. (1987): Mittelfristige Wirkungen beruflicher Weiterbildung. Die berufliche Situation von Teilnehmern zwei Jahre nach Beendigung der Maßnahme. In: MittIAB, 1987, Heft 2, S. 129-141.

<sup>27</sup> Klein, Rosemarie & Reutter, Gerhard (2010): Verstetigung der Lebenslaufperspektive von Langzeitarbeitslosen durch arbeitsmarktorientierte Weiterbildungspolitik. In: Bolder, Axel u.a., Hrsg, Neue Lebenslaufregimes, neue Konzepte in der Bildung Erwachsener, Wiesbaden, S. 357.

<sup>28</sup> Aus: [http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-kurzfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2) am 26.06.2017.

<sup>29</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, Nationaler Bildungsbericht, Bielefeld, S. 315.

<sup>30</sup> Land, Rainer & Willisch, Andreas (2006): Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des „sekundären Integrationsmodus“. In: H. Bude / A. Willisch (Hrsg.). Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 88.

<sup>31</sup> Aus: [http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl\\_files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV86\\_Grafik\\_Monat\\_11\\_2015.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV86_Grafik_Monat_11_2015.pdf) am 26.06.2017.

<sup>32</sup> O-Ton Arbeitsmarkt vom 6.5.2016, Aktive Arbeitsmarktpolitik: Deutschland investiert im EU-Vergleich nur wenig. <http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/o-ton-news/aktive-arbeitsmarktpolitik-deutschland-investiert-im-eu-vergleich-nur-wenig>, zuletzt abgerufen am 19.06.2017.

<sup>33</sup> Vgl. Sachverständigenrat, November 2013, Aktive Arbeitsmarktpolitik. Maßnahmen, Zielsetzungen, Wirkungen. Arbeitspapier 7/2013.

<sup>34</sup> „Armut in einer reichen Gesellschaft ist kein Naturereignis. Sie wird politisch gemacht. Vor allem wird sie einseitig gerechtfertigt – durch diejenigen, die über die Rechtfertigungsmacht verfügen, nämlich die ‚bürgerliche Mitte‘, die politischen Eliten und die Klasse der Kapital-

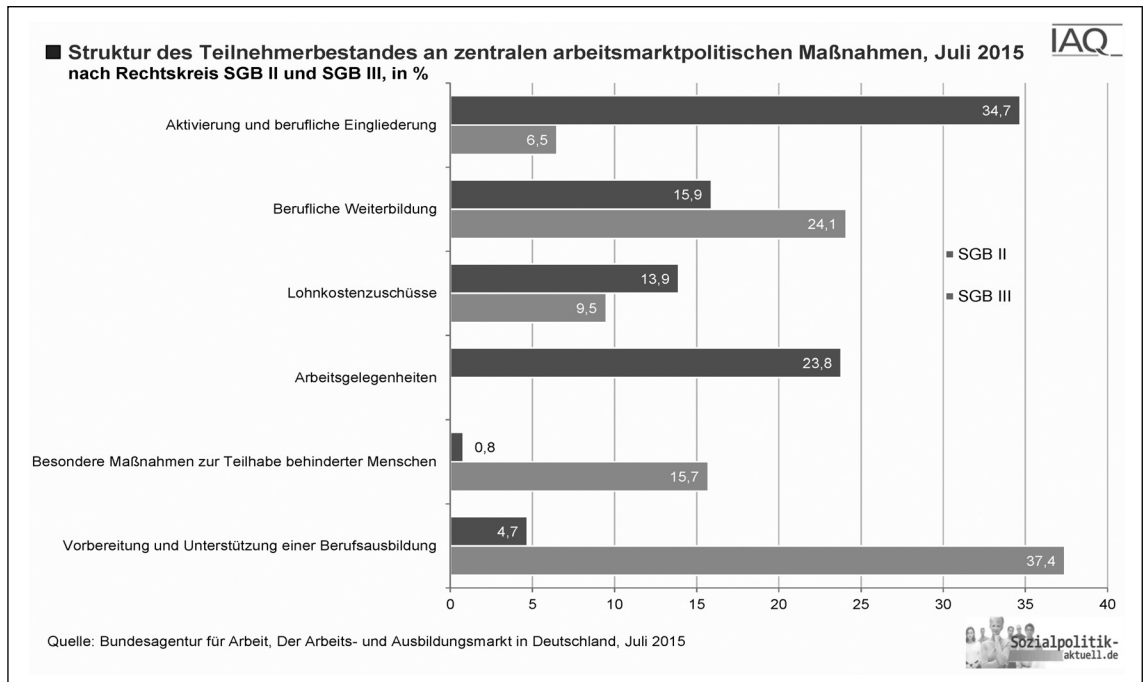


Abb. 3: Teilnahme an zentralen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 2015<sup>31</sup>

telte Job ist. Andererseits erfolgt die Zuweisung in kurzfristige Qualifizierungs- beziehungsweise Aktivierungsmaßnahmen oft willkürlich und ohne die Betroffenen in die Entscheidung einzubeziehen; mit entsprechenden Folgen für die Motivation der Teilnehmer – frei nach dem Motto: ‚Du hast keine Chance, also nutze sie!‘

Auszüge aus einer Selbstauskunft, die von einem Jobcenter im Ruhrgebiet in einer Aktivierungsmaßnahme für Langzeitarbeitslose ausgegeben wurde, verdeutlichen die Übergriffigkeit der Jobcenter, denn ehrliches Ausfüllen würde zunächst einmal die Begründung für Leistungskürzungen liefern. Die deutsche Arbeitsmarktpolitik ist in ihrem finanziellen Engagement gegen Arbeitslosigkeit über die Jahrzehnte immer bescheidener geworden. Betrugen die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik 1992 noch 1,3 % des Bruttoinlandsprodukts, sind sie bis 2013 auf 0,65 % gefallen (Dänemark: 1,7 %) <sup>32</sup>. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung kommt zu einem überraschenden Befund:

„Nur in Deutschland übersteigen die Ausgaben für die Verwaltung der Arbeitslosen (auch die Verwaltung der passiven Arbeitsmarktleistungen wird hier mitgezählt) sowie für die Beratung und Arbeitsvermittlung mit 0,35 Prozent des BIP die Kosten für die Maßnahmen selbst.“<sup>33</sup>

Hengsbach verweist auf die im späten Mittelalter übliche *Differenzierung zwischen würdigen und unwürdigen Armen*.<sup>34</sup> In Deutschland scheinen gerade die Langzeitarbeitslosen eher zu den unwürdigen Armen gerechnet zu werden, wie die Ergebnisse des Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ der Universität Bielefeld zeigen. Die Langzeitarbeitslosen werden „unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit für die Gesellschaft abgewertet. Seit der ersten Erfassung in 2007 haben sich die negativen Einstellungen gegenüber langzeitarbeitslosen Menschen kaum verändert

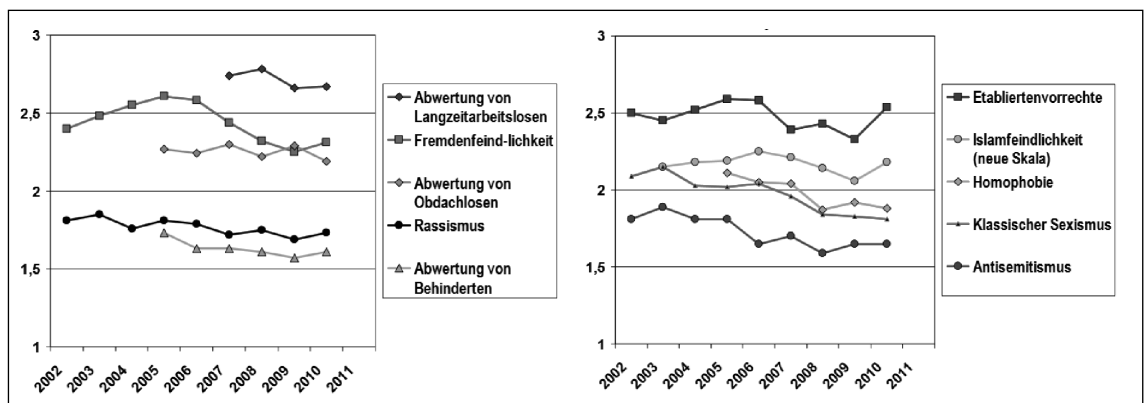


Abb. 4: Mittelwerte der Syndromelemente von 2002 bis 2010<sup>35</sup>:

Kriterium	Bewertung
<b>Sozialkompetenz</b>	
Kooperation und Mitwirkungsbereitschaft 1. keine Kooperations- und Mitwirkungsbereitschaft 2. situationsabhängige Kooperations- und Mitwirkungsbereitschaft 3. Kooperations- und Mitwirkungsbereitschaft vorhanden 4. hohe Kooperations- und Mitwirkungsbereitschaft 5. sehr hohe Kooperations- und Mitwirkungsbereitschaft	
Motivation 1. keine Motivation 2. Motivation verbessert 3. Motivation vorhanden 4. Motivation erweitert 5. neue Motivationsstrategien erlernt	
Umgangsformen 1. schlechte Umgangsformen 2. Umgangsformen situationsabhängig 3. Umgangsformen vorhanden 4. gute Umgangsformen 5. sehr gute Umgangsformen, freundliche offene Kommunikation	
<b>Bewerbung</b>	
Einschätzung der eigenen Qualifikation 1. keine Selbsteinschätzung 2. unrealistische Selbsteinschätzung 3. realistische Selbsteinschätzung in Teilbereichen 4. verbesserte Selbsteinschätzung 5. realistische Einschätzung vorhanden	
<b>Konzessionsbereitschaft</b>	
Arbeitszeiten 1. nicht zugeständnisfähig 2. gering zugeständnisfähig 3. zugeständnisfähig 4. Zugeständnisfähigkeit ausgebaut 5. hohe Zugeständnisfähigkeit	
Arbeitsbedingungen 1. nicht zugeständnisfähig 2. gering zugeständnisfähig 3. zugeständnisfähig 4. Zugeständnisfähigkeit ausgebaut 5. hohe Zugeständnisfähigkeit	

Kriterium	Bewertung
<b>Gesundheit</b>	
Gesundheitsbewusstsein 1. kein Gesundheitsbewusstsein 2. Gesundheitsbewusstsein vorhanden 3. Gesundheitsbewusstsein ausbaufähig 4. Gesundheitsbewusstsein verbessert 5. hohes Gesundheitsbewusstsein	
Interventionsrelevante Belastungen (Krisenbewältigung) 1. belastet 2. gering belastet 3. Bereitschaft zur Krisenbewältigung 4. Bewusstsein für eigenständige Krisenbewältigung 5. Nutzt Hilfsangebote	
<b>Rahmenbedingungen</b>	
Gesellschaftliche Integration 1. Integrationsverweigerung 2. unzureichend integriert 3. Interesse an Integration 4. Nutzung von Integrationsangeboten 5. Hinreichend integriert	
Äußeres Erscheinungsbild 1. unvorteilhaftes Erscheinungsbild 2. keine Bereitschaft zur Veränderung 3. Bereitschaft zur Verbesserung des Erscheinungsbildes 4. Verbesserung des Erscheinungsbildes 5. ansprechendes Erscheinungsbild	
<b>Soziales Umfeld</b>	
<u>Hilfreiche / unterstützende soziale Kontakte</u> 1. geringe soziale Kontakte 2. soziale Kontakte werden abgelehnt 3. soziale Kontakte sind gewünscht 4. soziale Kontakte wurden geknüpft 5. Eigeninitiierte Kontaktpflege	
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben 1. geringe Teilhabe am gesellschaftlichen Leben 2. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird abgelehnt 3. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird gewünscht 4. Angebote werden angenommen 5. Teilhabe am kulturellen Leben	

Auszüge aus einer Selbstauskunft für ein Jobcenter im Ruhrgebiet

(s. Abb. 4). In 2010 fanden es 59% (2007: 61 %) empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen. 47% (2007: 49 %) unterstellten den meisten Langzeitarbeitslosen ‚nicht wirklich daran interessiert‘ zu sein, ‚einen Job zu finden.‘<sup>36</sup>

Erstaunlich, dass die Befragten sich ein bequemes Leben mit Hartz-IV-Satz vorstellen können; irritierend, wenn fast die Hälfte der Befragten die Verantwortung für die lange Arbeitslosigkeit den Betroffenen anlastet. Vielleicht liegt eine Erklärung in der Furcht, in eine solche Situation zu geraten.

Angst vor Arbeitslosigkeit ist seit Jahren eine der zentralen Ängste der Deutschen.

### V. Armut in der Erwachsenenbildung – (k)ein Thema

Das von Tietgens oben zitierte „gestörte Verhältnis der Erwachsenenbildung“ resultiert sicherlich auch aus der Scheu, Ursachen und vor allem Verursacher von Armut zu thematisieren. ‚Ross und Reiter zu nennen‘ scheint sowohl in den Volkshochschulen als auch in der Evangelischen Erwachsenenbildung ein ungeliebtes Unterfangen zu sein, weil man

eigner.“ (Hengsbach, F. (2015): Armut wird gemacht. Das Versagen der politischen Klasse, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen. In: Schneider, U. (Hrsg.) (2015): Kampf um die Armut, Frankfurt/M., S. 123).

<sup>35</sup> S. o. A. S. 9

<sup>36</sup> Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland, S. 8. [https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene\\_Menschenfeindlichkeit\\_Zusammenfassung.pdf](https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf), abgerufen am 23.06.2017.

damit Gefahr läuft, in die Hand zu beißen, die einen füttert.

Armut ist in der Erwachsenenbildung auch deshalb ein heikles Thema, weil sie selbst Armut, vor allem Altersarmut, produziert. So erzielt eine DaZ/DaF-Kursleitende, die einen Hochschulabschluss und eine Zusatzqualifikation nachweisen muss, bei 45 Unterrichtswochen pro Jahr ein Stundenhonorar von 20 Euro/Unterrichtsstunde und erreicht ein monatliches Nettoeinkommen von 990,85 Euro – sie wird also im Alter auf ergänzende Grundsicherung angewiesen sein<sup>37</sup>. Da verwundert es nicht, dass 45 % der hauptberuflich auf Honorarbasis Lehrenden auf Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung verzichten.<sup>38</sup> Wie es dazu kommen konnte, dass eine vor zwanzig Jahren undenkbare Entwicklung, nämlich die Einführung eines Mindestlohns von ca. 14 Euro in der beruflichen Weiterbildung, als Erfolg gesehen wird, wäre einen separaten Artikel wert.

Die Diskrepanz zwischen der propagierten Bedeutung des lebenslangen Lernens und der Geringschätzung der andragogischen Profession war mit Einschränkung noch nie so groß wie heute.

Die Erwachsenenbildung kommt im Status der „repressiven Moderne“ an, was heißt, dass „(...) Gegenwartsgesellschaften hinter das in der sozialen Moderne erreichte Niveau an Integration zurückfallen.“<sup>39</sup>

Nach wie vor aber stellt die Erwachsenenbildung ein Forum dar, dessen Auftrag und Selbstverständnis die Thematisierung und Bekämpfung von sozialer Ungleichheit erfordert, denn verfestigte Armut gefährdet die Basis unserer Demokratie. „Der Unterschied zwischen dem Zehntel der Wahlkreise mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Beteiligung hat sich bei den Bundestagswahlen seit 1972 von 5,4 auf über 15 Prozent fast verdreifacht. (...) Wenn ‚die da unten‘ nicht mehr wählen gehen, so liegt der wesentliche Grund darin, dass sie sich von ‚denen da oben‘ nicht mehr vertreten und zunehmend auch aus der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen. Sie ziehen sich daher immer häufiger einfach resigniert zurück. Für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie und der Gesellschaft insgesamt ist das eine dramatische Entwicklung.“<sup>40</sup>

Wenn Erwachsenenbildung ihrem demokratischen Auftrag gerecht werden will, wird sie nicht umhinkommen, vermeintlich neutrale Positionen zu verlassen, und Ungleichheit und ihre Ursachen zu benennen. „Eine Erwachsenenbildung, die sich ihrer ursprünglichen und traditionellen Aufgabe verpflichtet weiß, kommt um eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen, die die Möglichkeit des Menschseins letztlich reduzieren, nicht herum. Sie muß kritisch und politisch sein.“<sup>41</sup> Manchmal lohnt ein Blick zurück, um sich der eigentlichen Aufgabe der Erwachsenenbildung wieder bewusster zu werden.

<sup>37</sup> Vgl. Korfkamp, J., Vortrag am 16. Mai 2014, PH Weingarten: „Alphabetisierung und Grundbildung – Zur Dialektik von gesellschaftlicher Notwendigkeit und Anerkennung“. [http://www.ph-weingarten.de/stag/downloads/Vortrag\\_Korfkamp\\_Weingarten\\_2014.pdf](http://www.ph-weingarten.de/stag/downloads/Vortrag_Korfkamp_Weingarten_2014.pdf), abgerufen am 26.06.2017.

<sup>38</sup> Elias, A./Dobischat, R./Cywinski, R./Alfänger, J. (2015): Zur Professionalisierung der Erwachsenenbildung in Deutschland. In: *Magazin Erwachsenenbildung.at*, 26/2015, S. 7; zuletzt abgerufen am 26.06.2017 unter [http://erwachsenenbildung.at/magazin/15-26/04\\_elias\\_dobischat\\_cywinski\\_alfaenger.pdf](http://erwachsenenbildung.at/magazin/15-26/04_elias_dobischat_cywinski_alfaenger.pdf)

<sup>39</sup> Nachtwey, O. (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin, S. 75.

<sup>40</sup> Hartmann, M. (2015): *Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft?* In: Bundeszentrale für politische Bildung, (Hrsg.): *Oben – Mitte – Unten, Zur Vermessung der Gesellschaft*. Bonn, S. 41.

<sup>41</sup> Dikau, J. (1972): *Erwachsenenbildung zwischen Affirmation und Kritik*. In: Picht, G./Edding, F. et al. (Hrsg.): *Leitlinien der Erwachsenenbildung, zusammengestellt von Hans Tietgens*. Braunschweig, S. 128.